

Antrag

**der Abgeordneten Karin Prien, Jörg Hamann, Dennis Gladiator,
Richard Seelmaecker, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/2208

**Betr.: Unhaltbare Zustände am Hauptbahnhof beseitigen – Stadt muss endlich
Verantwortung übernehmen**

Mitte September waren in einer gemeinsamen Aktion der Deutschen Bahn, der Freien und Hansestadt Hamburg und des Falck Deutschland e.V. zunächst zwei Zelte auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs für diejenigen, die sich bis dahin in der Wandelhalle unregistriert aufhalten und zumeist auf eine Weiterreise nach Skandinavien warten, aufgebaut worden. Einen Monat später übernahm der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg e.V. die Notversorgung und baute weitere Zelte auf. Der mit Absperrbändern gekennzeichnete Bereich wird nun aufgrund des Andrangs schlechend vergrößert. Inzwischen ist auch der öffentliche Raum in unmittelbarer Umgebung betroffen und verwaist zunehmend. Die Situation am Hauptbahnhof ist zudem auch aus humanitären Gründen für eine wohlhabende Stadt wie Hamburg ein Armutszeugnis.

Eine Registrierung oder eine aufenthaltsrechtliche Kontrolle der Durchreisenden findet nicht statt. Dies ist angesichts der angespannten Sicherheitslage nicht vertretbar. Offenbar steht der Senat einer Weiterreise nach Skandinavien wohlwollend gegenüber. Dies irritiert schon allein vor dem Hintergrund der Kritik des Senats an italienischen Behörden bezüglich der gewährten Weiterreise der unter dem Namen „Gruppe Lampedusa“ bekannt gewordenen Personen nach Deutschland.

Das Konzept des Senats, die schon in der letzten Wahlperiode unhaltbaren Zustände am Hauptbahnhof durch eine Übertragung des Hausrechts auf die Deutsche Bahn zu beseitigen und sich dadurch seiner Verantwortung zu entziehen, ist gescheitert. Der Senat muss nun dringend dafür sorgen, dass der mit täglich fast einer halben Million Reisenden deutschlandweit meistfrequentierte Bahnhof wieder zu einer Visitenkarte unserer Stadt und die Stadt ihrer humanitären Verantwortung gegenüber Menschen in Not gerecht wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. unverzüglich auf einen Abbau der Zelte auf dem Bahnhofsvorplatz hinzuwirken und eine humanitäre Notversorgung und die Registrierung außerhalb des Bahnhofsgeländes in einem geeigneten nahe gelegenen Gebäude verantwortlich zu organisieren;
2. die sich im oder um den Hauptbahnhof befindlichen Migranten auch in Bezug auf Straftaten unter anderem nach § 95 Absatz 1 Nummer 3 Aufenthaltsgesetz zu kontrollieren beziehungsweise auf eine Kontrolle durch die Bundespolizei hinzuwirken;

3. die sich am Hauptbahnhof aufhaltenden Migranten ohne Bleiberecht durch ein mobiles Team der Innenbehörde registrieren zu lassen sowie dafür Sorge zu tragen, dass sie sich in eine zentrale Erstaufnahme begeben;
4. durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, unter anderem mittels Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften, dass der Hauptbahnhof und das Bahnhofsgelände nicht weiter als Durchreiselager für Flüchtlinge genutzt werden.